

Fortsetzung von Seite 1

## Wie bekommen wir die Krise...

zahlen um fast 200 000 auf knapp 3,5 Millionen voraus.

Grundsätzlich gilt: Selbst wenn es statt einer Rezession geringes Wachstum geben wird, könnte die Zahl der Arbeitslosen wieder steigen. Wirtschaftswissenschaftler sprechen von einer Beschäftigungsschwelle: Oberhalb eines bestimmten Wachstumswertes nimmt die Zahl der Arbeitslosen ab und unterhalb gehen Jobs verloren. „Die Beschäftigungsschwelle dürfte je nach Branche bei 1,5 Prozent bis 1 Prozent liegen“, sagt der Chef der fünf Wirtschaftsweisen, Bert Rürup. Liegt das Wachstum darunter, sinkt die Zahl der Jobs.

### Wie wirkt sich das auf den Haushalt aus?

Bis 2011 will Bundesfinanzminister Peer Steinbrück einen ausgeglichene-

nen Haushalt vorweisen – und immer mehr Experten gehen davon aus, dass ihm die Finanzmarktkrise und ihre Folgen dabei einen Strich durch die Rechnung machen könnten.

Auch Steinbrück selbst und Bundeskanzlerin Merkel äußerten nach dem Schnüren des Rettungspakets für die deutschen Banken erste Zweifel: Bis zu 80 Milliarden Euro Kapital will der Bund den Banken zur Verfügung stellen, dazu kommen Bürgschaften für Bank-Kredite über 400 Milliarden Euro. Das Risiko für diese Garantien beziffert der Bund auf fünf Prozent der Gesamtsumme – er schätzt, dass die 400-Milliarden-Bürgschaften zu einem Ausfall von 20 Milliarden Euro führen könnten. Für diese Summe will der Bund „die haushaltsrechtliche Vorsorge“ treffen.

Das DIW hatte bereits auf die

Risiken durch die verschiedenen Bürgschaften hingewiesen, die beispielsweise für Landesbanken, IKB und, vor allem, die Hypo Real Estate übernommen wurden. Und: „Die Unsicherheit im Hinblick auf die weitere Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist derzeit besonders groß. Eine Abkühlung der Konjunktur könnte bereits im nächsten Jahr einen Rückgang der Steuereinnahmen zur Folge haben.“

Der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider beziffert die Risiken konkreter: Ein Prozent weniger Wachstum bedeute ein Steuerminus in Höhe von zehn bis elf Milliarden Euro, davon müsse der Bund drei Milliarden tragen. Der FDP-Haushaltspolitiker Otto Fricke rechnet sinkende Einnahmen der Sozialversicherungen mit ein und kommt sogar auf sechs Milliarden Euro: „Damit ist das Ziel der Bundesregierung, den Etat 2011 auszugleichen, ohne Sparprogramm nicht mehr zu erreichen.“ Selbst dann, wenn keine der Bürgschaften auch wirklich zu Ausgaben führen sollte, wäre Steinbrücks Ziel gefährdet, denn der Bund ging bisher bei seinen Planungen von 1,2 Prozent Wachstum im kommenden Jahr aus. Nach der Korrektur auf 0,2 Prozent müssen nun die Steuerschätzer erneut ran – bis Anfang November sollen sie errechnen, wie groß die Lücke im Staatshaushalt durch das geringere Wachstum sein wird.

Ralph Sartor / tagesschau.de  
(Den gesamten Artikel finden Sie auch im Internet unter: [www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzmarktkrise152.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzmarktkrise152.html)).

## SoVD: Rückbesinnung auf soziale Marktwirtschaft

Zu den Folgen der Finanzmarktkrise erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer, dass diejenigen, welche die gesetzliche Rentenversicherung schlecht geredet und der kapitalgedeckten Altersvorsorge das Wort geredet hätten, durch die Bankenkrise eines Besseren belehrt worden seien. Die gesetzliche Rentenversicherung habe sich erneut als sicher und krisenfest erwiesen, während eine ausschließlich kapitalgedeckte Altersvorsorge riskant sei.

Weiter erklärte Bauer: „Die Forderung des SoVD nach einer Erwerbstätigenversicherung muss jetzt auf die politische Tagesordnung. Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die soziale Marktwirtschaft. Die Unternehmer müssen ihre soziale Verantwortung für ihre Beschäftigten und ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung wieder ernst nehmen.“ Es wäre positiv, wenn die Finanzkrise ein neues Bewusstsein für den Wert des Sozialstaats wecken würde.

Sozialabbau stoppen. Sozialstaat stärken.

## Unterstützen auch Sie die Initiative!

SoVD und Volkssolidarität stehen gemeinsam für die Initiative „Sozialabbau stoppen. Sozialstaat stärken.“ Inzwischen haben schon fast 200 000 Menschen den begleitenden Aufruf unterzeichnet.

Unterschreiben auch Sie, damit Bundeskanzlerin Angela Merkel eine möglichst große Zahl an Unterschriften überreicht werden kann. Unsere Kernforderungen sind ein sicheres und ausreichendes Rentenniveau, die Verhinderung einer Mehrklassenmedizin und die Sicherstellung einer würdevollen Pflege sowie einer flächendeckenden Einführung von Mindestlöhnen. Folgen Sie dem guten Beispiel der Frauengruppe aus dem SoVD-Ortsverband Lehrte (Foto rechts), die bei einer Infobörse für Frauen auch für die Sozialstaats-Initiative warb.



### Sozialabbau stoppen! Sozialstaat stärken!

Eine gemeinsame Initiative von  
Sozialverband Deutschland  
und Volkssolidarität



Ich unterstütze die Forderungen von SoVD und Volkssolidarität:

Name	Anschrift	Unterschrift

Bitte zurücksenden an: Sozialverband Deutschland (SoVD) e.V., Stralauer Str. 63, 10179 Berlin

SoVD-Präsident nutzt Gelegenheit zum politischen Dialog

## Adolf Bauer im Gespräch mit Bundestagsabgeordneten



Die Themen Rente und Gesundheitspolitik bestimmten das Gespräch zwischen SoVD-Präsident Adolf Bauer (re.), Klaus Michaelis (SPA) und der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden, Elke Ferner.

Anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahlen sind Gespräche zwischen dem Sozialverband Deutschland und den Vertretern der verschiedenen Parteien von besonderer Bedeutung. SoVD-Präsident Adolf Bauer nutzte mehrere Gesprächstermine mit Bundestagsabgeordneten zum Dialog über sozialpolitische Themen sowie zur Verdeutlichung der jeweiligen Position des Sozialverband Deutschland.

### Auswirkungen des Gesundheitsfonds

Renten- und gesundheitspolitische Themen prägten das Gespräch zwischen Adolf Bauer, Klaus Michaelis, Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss (SPA) des SoVD, und Elke Ferner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD. Es wurden Fragen erörtert in Bezug auf ein dauerhaftes und verlässliches Rentenniveau, die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern, das Konzept für die Erwerbstätigenversicherung, die Rentenversicherungsbeiträge bei Arbeitslosigkeit, die Mindestsicherung für langjährig Versicherte, den Rentenfreibetrag bei der Grundsicherung und die Absicherung bei Erwerbsminderung sowie die Leistungen für Kindererziehung und Pflege. Auf der gesundheitspolitischen Ebene wurden die Auswirkungen des Gesundheitsfonds besprochen. Arbeitsmarktpolitisch wies der SoVD auf seine Forderung nach einer flächendeckenden Einführung von existenzsichernden Löhnen, einer Abschaffung von Lohndumping, mehr versicherungspflichtiger Beschäftigung und mehr Arbeit für Ältere hin. Elke Ferner teilt in vielen Bereichen die Positionen des SoVD.

### Gerichtsbaren nicht zusammenlegen!

Zum Thema der aktuellen Diskussion um die Zusammenlegung von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit traf sich Adolf Bauer mit dem FDP-Abgeordneten Dr. Volker Wissing (Richter a.D., Mitglied der Föderalismuskommission). Adolf Bauer brachte seine Sorge zum Ausdruck, dass eine Zusammenlegung der Gerichtsbarkeiten zu erheblichen Nachteilen für die Menschen führen könne, die Rechtsschutz auf dem Gebiet des Sozialrechts suchen. Nach der Position des SoVD steht die Sozialgerichtsbarkeit in engem Zusammenhang mit dem Sozialstaatsprinzip. Zudem ist aus Sicht des SoVD bei einer funktionellen Zusammenlegung eine inhaltliche Angleichung der Verfahrensgesetze zu befürchten. Das Gespräch fand in offener und freundlicher Atmosphäre statt.

### Arbeitsmarktpolitische Fragestellungen diskutiert

Zu den aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklungen sprach Adolf Bauer mit der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles. Insbesondere die Gefahr der Unterdeckung des Gesundheitsfonds und die Möglichkeit einer paritätischen Finanzierung wurden thematisiert.

Auch die Sozialstaats-Initiative von Volkssolidarität und SoVD wurde kurz vorgestellt. Der SoVD-Präsident äußerte sich kurz zu den Forderungen im Rahmen der Initiative und stellte klar, dass Sozialstaat und Solidarität in unserer Gesellschaft unverzichtbare Bestandteile des Gemeinwesens sind. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise wurden zudem arbeitsmarktpolitische Fragestellungen diskutiert. Der SoVD-Präsident wies in dem Gespräch erneut auf die Wichtigkeit von Berufsförderungs- und Berufsbildungswerken hin.

### Für Erwerbstätigenversicherung plädiert

In einem weiteren Treffen sprachen Adolf Bauer und Edda Schliepack, Sprecherin der Frauen im SoVD-Bundesverband, mit Fritz Kuhn, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, und Frau Schewe-Gerigk, frauen- und familienpolitische Sprecherin (Bündnis 90/Die Grünen). Themen des Gesprächs waren die Sozialstaats-Initiative von SoVD und Volkssolidarität, gesundheitspolitische Entwicklungen in Folge des Gesundheitsfonds sowie aktuelle arbeitsmarkt-, renten- und pflegepolitische Fragestellungen.

Fritz Kuhn hielt einleitend fest, dass sich die Grünen und der SoVD in vielen sozialpolitischen Fragen einig seien. In Ansätzen kontrovers wurde dagegen hinsichtlich der Altersvorsorge diskutiert.

Edda Schliepack stellte die Aktion gegen Gewalt in der Pflege vor. Es wurde die Notwendigkeit von Qualitätssicherungsinstrumenten, alternativen Wohnformen und der Ausweitung der Anwendung der Regelungen des Pflegezeitgesetzes auf Betriebe unter 15 Beschäftigten betont. Außerdem wurde die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sowie die Änderung des Pflegestufensystems besprochen.